

KIRCHE UND NATIONALSOZIALISMUS /
HERAUSFORDERUNGEN UND VERSUCHUNGEN
DER GEISTLICHKEIT IM FRÜHJAHR 1933

JOHANNES JÜRGENSEN

Zum Auftakt ein Zitat aus den Frühlingsbetrachtungen eines Gemeindepastors, entnommen der Märzausgabe des Rendsburger Gemeindeblatts mit dem Themenschwerpunkt „Konfirmation“: „Frühling des Volkes! Noch geht der Streit der Meinungen hin und her, ob das, was wir in den letzten Wochen an Volksabstimmungen und an politischer Neugestaltung erlebt haben, als Frühling des Volkes zu beurteilen ist. Manche melden starke Bedenken an, viele stehen abseits und wagen es nicht, Vertrauen zu fassen. Andere atmen auf, weil jetzt die Kräfte, die ein Volk zu seiner Erneuerung braucht, sich entfalten sehen. Ist das Geschehen unserer Tage lebendige Wirklichkeit, also ein neuer Anfang, eine Lebenswende in unserm Volk, oder nur ein gut gemachter Tonfilm? Es ist das, was wir daraus machen!“ Gegen Ende heißt es dann: „Frühling im Reiche Gottes! Die besten Kräfte eines Volkes werden frei durch die Kraft, die aus dem ewigen Reich Gottes in die Herzen strömt. [...] Heiliger Frühling kommt dann, wenn ein Volk sein Heil in Christus sucht und sich heiligen lässt durch den Geist Gottes. Das aber erfordert in jetziger Stunde das Bekenntnis des einzelnen zu Gott.“¹ Autor dieses Leitartikels ist Max Roager, seit 1924 Gemeindepastor in Büdelsdorf.² Im Mai 1933 wird er 38 Jahre alt werden. Er ist einer von etwa 400 Geistlichen,³ die in der schleswig-holsteinischen Landeskirche ihren Dienst tun.

1. DIE HERAUSFORDERUNGEN

1.1. ZUR PERSON ROAGER

Max Roager ist im Mai 1895 in Fauderup geboren, nordöstlich von Tondern, damals noch Teil des Deutschen Reiches. Bei Kriegsausbruch 1914 ist er gut 19 Jahre alt und nimmt am Krieg teil. Er gehört zu den Jahrgängen jun-

¹ Max Roager, Heiliger Frühling, Evangelisches Gemeindeblatt Rendsburg 1933, Nr. 3 (März-Ausgabe). – Das Gemeindeblatt wird herausgegeben von den Kirchenvorständen der Christkirchen- und der St. Marien-Gemeinde in Rendsburg; Schriftleiter ist Pastor Johann Bielfeldt; gedruckt wird es bei D. J. Carstens, Rendsburg.

² Büdelsdorf ist damals noch ein Gemeindebezirk der Christkirchengemeinde Rendsburg.

³ Christian Dethleffsen, S. 51.

ger Männer, aus deren Reihen viele in den Flandern-Schlachten verblutet sind. Als Roager aus dem Krieg zurück kehrt, geht Nordschleswig bald an Dänemark verloren. Wie viele andere muss auch er seine Heimat verlassen. Er studiert Theologie und wird am 4. November 1923 in Leck ordiniert.

1.2. WEIMARER ZUSTÄNDE

Zu den Herausforderungen in den zehn Jahren seiner Amtszeit in Büdelsdorf einige Stichworte.⁴ Die junge Demokratie macht ihre ersten Gehversuche. Besonders in den Tagen der Ordination (Oktober/November 1923) ist sie durch Putschversuche der „Roten“ bedroht, in Aachen und Koblenz, in Hamburg und in Sachsen. Auf der anderen Seite meutern in Bayern Teile der Wehrmacht, weil sie dort gegen linken Aufruhr vorgehen sollen. Am Freitag nach der Ordination unternimmt Hitler in München seinen „Marsch auf die Feldherrnhalle“, der eigentlich – nach dem Vorbild Mussolinis „Marsch auf Rom“ – ein „Marsch auf Berlin“ werden sollte.

Nach diesen Putsch-Erfahrungen bauen die Parteien ihre Privatarmeen auf. Die NSDAP hatte damit angefangen (SA und SS). Die SPD folgt im Februar 1924 mit der Gründung des „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Büdelsdorf ist in den zwanziger Jahren eine Hochburg des Reichsbanners im Gau Schleswig-Holstein.⁵ Die KDP bildet im Mai dieses Jahres den „Rot-Front-Kämpferbund“.

Der Versailler Vertrag vergiftet das innenpolitische Klima mit den verlangten Gebietsabtretungen (Nordschleswig und Oberschlesien, Memelgebiet und Saarland; nicht zu vergessen die Kolonien). Der Kaiser soll vor einem besonderen Gerichtshof der Alliierten angeklagt werden (Art. 227), Deutschland und seinen Verbündeten wird die alleinige Schuld am Ausbruch des Krieges angelastet (Art. 231) und soll darum mit Reparationen „Wiedergutmachung“ leisten, die das Wirtschaftsleben lähmen.

Mit Hilfe der „Dolchstoßlegende“ (Hindenburg, Reichspräsident ab 1925, ist an deren Entstehung maßgeblich beteiligt) entzieht sich das Militär seiner Verantwortung für die Katastrophe November 1918. Weil die SPD-geführte Regierung in der Anfangszeit der Weimarer Republik wegen drohender Aufstände „von links“ auf die Unterstützung der Reichswehr angewiesen ist, unterbleibt eine notwendige Klärung der Rolle der Militärs. Während der Weimarer Zeit behält die Reichswehr de facto einen Sonderstatus.

⁴ Zu diesem Abschnitt: Hans Mommsen: Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933; Hans Herzfeld: Die Weimarer Republik; Helmut Heiber: Die Republik von Weimar.

⁵ Karl-Werner Schunck / Helmut Greve, S. 84. – Dem Sammelband sind weitere Einzelheiten entnommen, die im Vortrag erwähnt werden.

Die Inflation treibt ihrem Höhepunkt zu. Elf Tage nach Roagers Ordination wird die Rentenmark eingeführt. Nach einigen Jahren wirtschaftlicher Erholung kommt es dann zu neuen Krisen. Im Mai 1927 gibt es einen schwarzen Freitag an der Berliner Börse und im Oktober 1929 einen schwarzen Donnerstag an der New Yorker Börse. Im Juli 1931 folgt der Zusammenbruch von zwei Banken in Deutschland. Die Krise ist nicht mehr aufzuhalten. Ende 1932 gibt es 6,2 Millionen Arbeitslose. Gleichzeitig kürzt die Regierung Brüning die Arbeitslosenunterstützung, die erst Sommer 1927 durch Gesetz eingeführt worden war.

Deutschland wird von schwachen Kabinetten regiert. Insgesamt gibt es in den gut vierzehn Jahren zwanzig Kabinette mit 11 elf verschiedenen Reichskanzlern; die (durchschnittliche Dauer pro eines Kabinetts: acht Monate und zwölf Tage. Sieben Mal wird der Reichstag neu gewählt, der ab 1930 nicht mehr in der Lage ist, mehrheitsfähige Regierungen zu bilden. Die letzten vier Regierungen sind „Präsidential-Kabinette“; sie werden nicht vom Reichstag gewählt, sondern vom Reichspräsidenten durch „Not-Verordnung“ ernannt, obwohl der entsprechende Artikel 48 der Weimarer Verfassung nicht dafür gedacht war, die Rechte des Parlaments zu unterlaufen.

Hindenburg greift – in Absprache mit Reichskanzler Brüning und seinen Nachfolgern – immer häufiger zum Artikel 48. Noch 1930 hatte der Reichstag achtundneunzig Gesetze mit parlamentarischer Mehrheit verabschieden können. Nur fünf waren durch Not-Verordnungen zustande gekommen. Zwei Jahre später 1932 gibt es nur noch für fünf Gesetze im Reichstag eine Mehrheit, sechshundsechzig Gesetze treten aufgrund von Not-Verordnungen in Kraft.

Diese stichwortartige Aufzählung muss genügen, damit wir erahnen können, unter welchen Rahmenbedingungen der Büdelsdorfer Gemeindepastor seiner Arbeit nachgeht, mit welchen Herausforderungen er es zu tun hat. Ein besonders herausragendes Ereignis: Im Januar 1932 kommt ein zweiundzwanzigjähriger SA-Mann aus Büdelsdorf bei einer Schlägerei in Rendsburg zu Tode.⁶ Roager soll ihn beerdigen. 4000 SA- und SS-Leute, angeführt vom Gauleiter Lohse, schwören am offenen Grab Rache.

⁶ In Rendsburg sprach man von der „Menzelschlacht“.

1.3. BRUDERKREIS JUNGER THEOLOGEN

In seinem Ordinationsgelübde hatte Roager gelobt, „der Kirche und dem Vaterland aus allen Kräften zu dienen und ihr Bestes zu fördern“.⁷ Ihm gelingt es, sich erfolgreich für den Bau eines Gemeindehauses in Büdelsdorf einzusetzen. Ab 1929 lädt er zu volksmissionarischen Wochen ein. Er lädt dazu Redner ein, die er aus dem Bruderkreis junger Theologen kennt. Er selbst ist dieser Gruppe vermutlich schon bald beigetreten, als diese im gleichen Jahr in Neumünster gegründet wird. Gründungsväter sind so verschiedene Leute wie Karl Hasselmann (damals Pastor in HH-Bahrenfeld), Reinhard Wester (Jugendpastor der Landeskirche), Erik Petersen aus Neumünster (er ist der Gründer der Kirchenzeitung „Am Sechrohr der Zeit“ bzw. „Kirche der Heimat“). Initiator ist der 31-jährige Martin Beuck aus Kiebitzreihe, später ein BK-Mann.

Was diese Leute verbindet, ist zunächst nur ihr Alter. Sie gehörten der Kriegs- bzw. der Nachkriegsgeneration der Pastorenschaft an. Viele von ihnen sind durch die Jugendbewegung geprägt, halten den Gegensatz von „orthodox“ und „liberal“ für überholt, der unter den älteren Amtsbrüdern noch für ein „Lagerdenken“ sorgt. Mitglied kann jeder werden, der sich auf den Boden der Erklärung zum 2. Artikel stellt, wer sich als „christusgläubig“ versteht und dieser „Erlebnis- und Aktionsgemeinschaft“ beitreten möchte. Man kommt zu Tagungen und Fortbildungswochen zusammen, verschickt Rundbriefe, insgesamt werden es bis Mitte 1933 (Auflösung des Bruderkreises) sechshundrdreißeig Ausgaben werden. Literatur und Theologie, Kirchenpolitik und Auseinandersetzung mit religiösen Strömungen der Gegenwart, Historisches und politische Gegenwartsfragen – alles kann zum Thema werden.

Für uns wird eine Diskussion interessant, die in den Rundbriefen Nr. 14 bis Nr. 19 von Oktober 1930 bis März 1931 stattfindet. Unmittelbar nach den Reichstagswahlen im September 1930, bei der die NSDAP überraschend einhundertseven Mandate errungen hat, berichtet Beuck, er habe mit Hochachtung mit der Lektüre von Hitlers „Mein Kampf“ begonnen, den er bei einer Tante ausgeliehen habe. Diese habe jedes Mal angestrichen, wenn Hitler den Namen Gottes unnützlich geführt habe. Es seien sehr viele Striche geworden.

Im November reagiert Johannes Lorentzen aus Kiel auf diese Kritik. Er be ruft sich auf Müller-Schwefe, der gemeint habe, man solle sich von Herzen darüber freuen „dass hier erklärt wird: Wir wollen mit der Kraft des positi-

⁷ Christian Dethleffsen, S. 49. – Diesem Aufsatz sind auch weitere Einzelheiten dieses Abschnittes entnommen.

ven Christentums⁸ unser Volksleben aufbauen“. Lorentzen warnt davor, dass die Kirche – wie auch gegenüber der sozialistisch bestimmten Arbeiterbewegung – nun auch gegenüber der Hitlerbewegung die Stunde versäume. Beuck hält dagegen. Er sieht „in Hitler einen Zwilling Bruder Ludendorffs und erkennt keine Möglichkeit, dass die Christen innerhalb der Partei das ändern können, wobei er die Vaterlandsliebe und die Bekämpfung des Grundübels der Wirtschaft, der Zinsknechtschaft durchaus begrüßt“.⁹

Im Januar meldet sich Wester zu Wort. Er lehne die NSDAP zwar ab, schreibt er. Dennoch fände er positiv und begrüßenswert an der Partei: die Verdrängung des Gesellschaftsgedankens durch den Gemeinschaftsgedanken, die Ablösung der lediglich internationalen Einstellung durch ein starkes nationales Wollen und die positive Wertung metaphysischer Größen.¹⁰

Wester bleibt dennoch skeptisch „gegenüber dem völlig unklaren Schlagwort vom ‚positiven‘ Christentum“ und der „Verabsolutierung des Rassen- und Volkstumsgedankens“. Auch bedürfe „der Machtgedanke im nationalsozialistischen Programm einer sehr starken Überprüfung vom Evangelium her“. Wester dann wörtlich: „Aber ich fürchte, dass manche Amtsbrüder mit derselben Selbstverständlichkeit mit dem Nationalsozialismus sympathisieren, mit der sie seinerzeit den Sozialismus als indiskutabel abgelehnt haben.“¹¹

Lorentzen aus Kiel beurteilt die Äußerungen Hitlers in „Mein Kampf“ anders. Hitler enthalte sich – im Gegensatz zu Ludendorf – herabsetzender Äußerungen gegenüber der Kirche. An ihn, „den Führer“ solle man sich halten, nicht an die „wilden“ Nazi-Leute. – Petersen aus Neumünster schreibt dazu:

⁸ Das Stichwort „Positives Christentum“ stammt aus dem Parteiprogramm der NSDAP von 1920 und meint dort etwas völlig anderes, als was in den zwanziger Jahren in kirchlichen Kreisen darunter verstanden wurde. Der vorletzte von 25 Programmpunkten lautet: „Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. [Absatz – JJ.] Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an irgend ein Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, dass eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“ Alfred Rosenberg kommentiert diesen Text unmissverständlich auf zwei von fünfzig Seiten seiner vor 1933 weit verbreiteten Schrift zum Parteiprogramm.

⁹ Christian Dethleffsen, S. 57.

¹⁰ Christian Dethleffsen, S. 57f.

¹¹ Christian Dethleffsen, S. 58.

„Wir müssen nicht hinein in die nat.so.z.Partei.“ Aber man müsse das Gespräch „mit den Leuten in der braunen Jacke“ suchen. Auch Beuck äußert sich noch einmal. Er gibt zu bedenken, dass es sich bei dem Verhalten der NSDAP um reine Taktik handele.

Roager aus Büdelsdorf stimmt dieser Deutung zu und schreibt dann: „Wenn man (*die Partei, Jf*) der Kirche verspricht, dass man sie leben lassen will, und noch ein bisschen mehr dazu tut, dann freut sich die Kirche mehr darüber als über sämtliche Verheißungen des Alten und Neuen Testaments.“ Er halte die Alternative Moskau oder Hitler einfach für falsch. Die Arbeiter hätten bewiesen, dass sie den Weg Moskaus nicht mitgingen, auch nicht im Blick auf die Ablehnung der Kirche.¹² Mit anderen Worten: So bedrohlich, wie die NSDAP die SPD darstellt, seien die Vertreter des linken Parteienspektrums nicht. Man dürfe der Propaganda nicht auf dem Leim gehen. Roager spricht von seinen Erfahrungen in Büdelsdorf.

Im nächsten Rundbrief (23.3.1931) stimmt Hans Asmussen ihm ausdrücklich zu.¹³ Zu gleicher Zeit berichtet dieser an anderer Stelle¹⁴ ausführlich über seine Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus in den zurückliegenden drei Jahren. Er schildert, wie diese Bewegung mit den Bauernprotesten nach Albersdorf gekommen sei, wie die „ehrefestesten“ Leute im Dorf sich ihm angeschlossen hätten. Im Blick auf die Kirche hätten sie gesagt: Wir wollen doch genau dasselbe wie die Kirche. Wir müssen nur erst die politische Gewalt gewinnen, dann wird die Kirche die Früchte davon ernten können.“ Er habe in Albersdorf dann „die Erfahrung gemacht, dass die Menschen, die von der eigentlichen kirchlichen Aufgabe eine Ahnung hatten, die ‚Kirchenfreundlichkeit‘ des Nationalsozialismus zu fürchten begannen.“

Es ist deutlich zu spüren, wie Asmussen und andere schon sehr früh die Herausforderungen spüren, die mit der Hitler-Bewegung auf sie zukommen. Sie registrieren auch die Versuchungen, denen sie ausgesetzt sind. Wir nähern uns dem Januar 1933.

1.4. DAS ALTONAER BEKENNTNIS

Am Dienstag, dem 9. Januar 1933, gibt Reichspräsident Hindenburg seine Zustimmung zu Verhandlungen mit Hitler. Da kommt es in Schleswig-Holstein zu einer Kontroverse zwischen Kirche und NSDAP. Es geht um das Altonaer Bekenntnis.

¹² Ebenda.

¹³ Ebenda.

¹⁴ Hans Asmussen, S. 178ff.

Auf die Vorgeschichte kann ich hier nicht eingehen.¹⁵ Am Mittwoch, dem 11. Januar, wird das Bekenntnis der Öffentlichkeit vorgestellt. In den kommenden Tagen und Wochen findet es rasch Verbreitung, in der Landeskirche und weit darüber hinaus – bis nach Süddeutschland.

Am Tag vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, am 29. Januar also, veröffentlicht Gauleiter Heinrich Lohse eine längere, scharfe Entgegnung. Er greift u. a. Asmussen direkt an, der „durch seinen unsachlichen Kampf gegen die NSDAP und ihre Träger hinlänglich bekannt“¹⁶ sei. Er stellt die Frage, ob man einer Landeskirche noch Schutz und finanzielle Unterstützung gewähren könne, in der solch ein hochverräterischer, pazifistischer und internationaler Standpunkt vertreten werden könne. Lohse spricht von einer „Altonaer Kriegserklärung“.¹⁷

Von den einundzwanzig Verfassern des Bekenntnisses gehören außer Asmussen zehn weitere dem oben vorgestellten Bruderkreis an. Im Rundbrief vom 16. Januar 1933 ist vom Bekenntnis noch nichts zu lesen. Die nächste Ausgabe kommt erst am 7. März heraus, also 7 Wochen später. Der Mitunterzeichner Hasselmann wundert sich darüber, dass das Echo aus Schleswig-Holstein und besonders aus dem Bruderkreis so gering ist. Er fragt, ob dies mit der heftigen Reaktion des Gauleiters zu tun habe und mit dem Bemühen des theologischen Referenten für Öffentlichkeitsarbeit im Kirchenamt¹⁸ zusammenhänge, den Konflikt mit der NSDAP zu entschärfen.

Nikolaus Christiansen, Konsistorialrat im LKA, auch Mitglied des erwähnten Bruderkreises, wirft den Altonaern vor, „in den Dienst unserer Kirche wesensfremde Blickrichtungen hineingetragen“ zu haben.¹⁹ Sie hätten überhaupt nichts zum Marxismus gesagt, sich taktisch verhalten, da es ihnen auf Beifall von Links angekommen sei. Christiansen bemüht sich um eine Absprache mit Lohse. Man werde das Bekenntnis nicht weiter verbreiten, wenn auf der anderen Seite die Partei ihre Angriffe unterlasse.²⁰ – Diese Vorgänge werden bald überlagert von neuen Nachrichten aus Berlin.

Im Hintergrund spielt die Angst vor den „Bolschewisten“ in Russland und ihren Anhängern in Deutschland eine große Rolle. Die KPD hat bei den zurückliegenden Wahlen ständig neue Wähler gewonnen. Werden sich nicht

¹⁵ Siehe Fritz Herberger u. a. (Hg.), S. 24ff.

¹⁶ Enno Konukiewitz, S. 61.

¹⁷ Klauspeter Reumann, S. 128.

¹⁸ Gemeint ist Nikolaus Christiansen, seit 1925 geistlicher Hilfsarbeiter im Landeskirchenamt von Kiel, seit dem 1. 12. 1926 Konsistorialrat. Im Landeskirchenamt ist er einer der Wortführer der Kirchenpartei der „Deutschen Christen“.

¹⁹ Christian Dethleffsen, S. 63.

²⁰ Klauspeter Reumann, S. 129.

doch – trotz abgründiger Meinungsverschiedenheiten – die Parteien des linken Spektrums einmal zusammen tun gegen die „Rechten“, die bei der Novemberwahl 1932 leicht verloren haben? Droht ein Bürgerkrieg?

Auf gar keinen Fall – so die weit verbreitete Ansicht im bürgerlichen Lager, besonders auch unter den praktizierenden Christen – dürfen die „Bolschewisten“ an die Macht kommen, die seit 1917 in Russland und im Baltikum Angst und Schrecken verbreiten. Die in Rendsburg und Büdelsdorf gelesene Kirchenzeitung berichtet in ihrer Ausgabe vom 15.1.33 von einem Gottlosen-Fünfjahresplan in der Sowjetunion, der dort Schritt für Schritt zur Beseitigung der Kirche führen soll.²¹

2. DIE VERSUCHUNGEN

2.1. DIE NEUE REGIERUNG

Es beginnt die Zeit besonderer Versuchungen. Zunächst stellt sich die neue Regierung vor. Die Zusammensetzung des Kabinetts verblüfft. Ihm gehören neben Hitler nur zwei Nationalsozialisten an (Göring und Frick). Fünf Minister sind parteilos. Zwei kommen aus der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), einer vom Stahlhelm, dem Verband der ehemaligen Soldaten. Hindenburg gibt die Losung aus, es sei ein „Kabinett der nationalen Konzentration“. Mit anderen Worten: die NSDAP sei nur *eine* von mehreren politischen Gruppierungen, die jetzt die Regierungsverantwortung übernehmen.

2.2. HITLERREDE AM 1. FEBRUAR

Vom Tag nach der Beauftragung Hitlers ist aus Berlin zunächst nichts Besonderes zu berichten. Aber am übernächsten Tag wendet sich der neue Reichskanzler über alle Rundfunksender an das deutsche Volk. Er bedient sich bei dieser und den vier folgenden öffentlichen Reden einer Sprache, die aufhorchen lässt. Haben er und seine Helfershelfer bisher nur polarisiert, gegenseitigen Hass gesät, tritt er nun als „Staatsmann“ auf, der versöhnen will. U. a. sagt er: „Deutschland bietet seit dem Tage der Revolution das Bild herzerbrechender Zerrissenheit. Das Elend unseres Volkes ist entsetzlich! [...] In einem unerhörten Willens- und Gewaltansturm versucht die kommunistische Methode des Wahnsinns das in seinem Innersten erschütterte und entwurzelte Volk endgültig zu vergiften und zu zersetzen. [...] Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Treue, Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg, bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens, bleibt nichts unverschont von dieser nur verneinenden,

²¹ Kirchenzeitung „Um unseres Volkes Seele“, Ausgabe Vicelin II (Neumünster), 15. 1. 1933.

alles zerstörenden Idee. [...] In diesen Stunden der übermächtig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation rief uns Männer nationaler Parteien und Verbände der greise Führer des Weltkriegs auf, noch einmal, wie einst an den Fronten, nunmehr in der Heimat in Einigkeit und Treue für des Reiches Rettung zu kämpfen. [...] Das Erbe, das wir übernehmen ist ein furchtbares [...] Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.

So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wieder herzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. ... Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürgen der Kraft und Stärke unserer Nation sind. [...] Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland.“²²

Das sind Töne, die man von einem Kanzler, ganz zu schweigen von Hitler selbst, so bisher nicht vernommen hat. Ein frommer Mann ist dieser Hitler, so scheint es; ein Reichskanzler, der öffentlich Gott um seine Gnade bittet; der demütig und zugleich entschlossen schier unlösbare Aufgaben anpacken will; der das Christentum zum Fundament seiner Arbeit machen will; der öffentlich darum bittet, Gott möge „unsern Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen“.

2.3. RUST ZU DEN KIRCHEN

Die Kirchenleute horchen erneut auf, als der neue Staatskommissar im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ (in diesem Ministerium werden auch alle Kirchenfragen verhandelt) sich in diesen ersten Tagen der neuen Regierung an die Kirchen wendet. Im kirchlichen Gemeindeblatt Neumünsters ist auf der ersten Seite zu lesen: „Der neue Reichskommissar Rust hat bei der Übernahme seines Amtes davon gesprochen – übrigens in sehr sympathischer Weise –, dass er die beiden großen christlichen Kirchen vor die Fragen stellen wolle, ob sie zusammen mit dem Staat ihre Kräfte zur Überwindung des Bolschewismus einsetzen wollen.“²³

²² Zitat nach Günther Dinstühler (Hrsg.), S. 2ff. – Siehe auch: Klaus Scholder, S. 281).

²³ Um unseres Volkes Seele, Ev. Gemeindeblatt für Vicelin II / Neumünster vom 19. 2. 1933.

Wilhelm Schädler, der Herausgebers dieses Blattes, vernimmt in den Äußerungen Rusts auch die drohenden Nebentöne und schreibt in seinem Kommentar: „Hätte die evangelische Kirche nicht den Kampf um die Erhaltung der Familie und um die sittliche Neubegründung der Ehe mit Nachdruck geführt, so hätte die bolschewistische Propaganda auf diesem Gebiet noch viel größere Erfolge gehabt [...] Wenn der Staat auf seinem Gebiet und auf seine Weise den gleichen Kampf aufnimmt, so ist die Bundesgenossenschaft von selber da. Nur dass die Kirche ihre Arbeit immer auch nach ihren eigenen Gesetzen betreiben muss. [...] Dann wird der Kampf, den Staat und Kirche in verschiedener Weise und mit verschiedener Zielsetzung führen müssen, dem deutschen Volke zum Segen sein.“

2.4. WAHLKAMPFREDE I (10. 2.)

Am 10.2. hält Hitler seine erste Rede zur Eröffnung des Wahlkampfes für die Reichstagswahl am 5.3. Wieder wird sie über alle Rundfunksender verbreitet. Zwei kurze Zitate daraus: „Wenn wir diese Versöhnung der Klassen herbeiführen, wollen wir weitergehen, dieses geeinte deutsche Volk wieder zu den ewigen Quellen seiner Kraft führen, wollen durch eine Erziehung zu Glauben an Gott und den Glauben an unser Volk einpflanzen in die jungen Herzen. [...] Ich kann mich nicht lossagen von unserm Glauben an mein Volk, kann mich nicht lossagen von der Überzeugung, dass unsere Nation wieder dereinst auferstehen wird zu einem Reich der Größe und der Ehre und der Kraft und der Gerechtigkeit. Amen.“²⁴

Wie bitte? Amen? War das ein Gebet? Es fallen Worte, die wie „Bekenntnis“ und „Gebet“ klingen, an Ostern, an den Schluss des Vaterunsers und an Luthers Worte auf dem Reichstag zu Worms erinnern. Die Mehrheit der Bevölkerung merkt vermutlich nicht, wie Hitler sich wie ein Wolf im Schafspelz in die Kirchensprache eingeschlichen hat. – In den folgenden Jahren berufen sich viele Kirchenleute immer wieder auf diesen Reden Hitlers aus den ersten Wochen seiner Kanzlerschaft.

2.5. WAHLKAMPFREDE II (4. 3.)

Hitler spürt, dass er mit seinem neuen Stil ankommt. Am 5.3. soll gewählt werden. Am Vorabend wendet Hitler sich erneut über alle Rundfunksender an das deutsche Volk. Von Königsberg aus, wo 1701 die erste preußische Königskrönung stattfand, aus der Stadt des Philosophen Immanuel Kant, aus der seit Ende des 1. Weltkriegs abgeschnürten Provinz, aus dem östlichen „Vorposten“ gegenüber der „roten Gefahr“, die von Russland ausgeht,

²⁴ Günther Dinstühler, S. 5ff.

meldet sich der Reichskanzler zu Wort. Er zieht alle Register, um das für ihn enttäuschende Ergebnis der Wahl vom November 1932 zu korrigieren. Am Schluss der Rede sagt Hitler – nein, er scheint zu beten: „Herrgott, lass uns niemals wankend werden und feige sein, lass uns niemals die Pflicht vergessen, die wir übernommen haben! [...] Wir alle sind stolz, dass wir durch Gottes gnädige Hilfe wieder zur wahrhaften Deutschen geworden sind.“ Es folgt dann eine Überspielung des „Niederländischen Dankgebet“ aus dem großen Zapfenstreich. In der ersten der vier Strophen heißt es: „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten, / Er waltet und haltet ein strenges Gericht. / Er lässt von den Schlechten die Guten nicht knechten; / Sein Name sei gelobt, er vergisst unser nicht...“

Die letzten Töne gehen über in das Geläut der Glocken des Königsberger Domes. Niemand weiß, das es von einer Schallplatte eingespielt wird, gegen den ausdrücklichen Willen des preußischen Oberkirchenrats.²⁵

Einige Monate später zitiert der Neumünsteraner Propst Meifort – er ist immer noch tief beeindruckt – bei der Einführung der Kirchenältesten aus dieser Rede: „Unser Reichskanzler hat im März in seiner Rede in Königsberg die tiefe Beziehung des Nationalsozialismus zur Kirche mit den Worten ausgedrückt: Herr, ich lasse dich nicht, Du segnest mich denn!“²⁶

2.6. DER TAG VON POTSDAM

Wieder schafft es Hitler mit dieser Wahl nicht, für die NSDAP die absolute Mehrheit im Reichstag zu erreichen. Dennoch will er eine Verabschiedung des „Ermächtigungsgesetzes“²⁷ erreichen. Um durch die emotionale Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten auch die Zögernden im Parlament zu gewinnen, wird der „Tag von Potsdam“ inszeniert. Er soll die erste Reichstagssitzung einleiten, bei der dann – zwei Tage später – das Ermächtigungsgesetz verhandelt werden soll. Gottesdienste und Aufmärsche, eine Eröffnungsfeier in der Garnisonskirche mit Reden von Hindenburg und Hitler, ein „Bad in der Menge“ – über alles wird umfangreich in Filmen und Rundfunkberichten, in der Tagespresse und in Sonderveröffentlichungen berichtet. Hitler stellt sich als Nachfolger des „Ersatzkaisers“ Hindenburg vor, als Verwalter des Erbes der preußischen Könige, deren Gräber er demonstrativ besucht. Aus der Rede Hindenburgs zu Beginn des Eröffnungsaktes in der Garnisonskirche: „Der Ort, an dem wir uns heute versammelt haben, mahnt uns zum Rückblick auf das alte Preußen, das in Gottesfurcht,

²⁵ Klaus Scholder, S. 283.

²⁶ Holsteinischer Courier vom 31. 7. 1933.

²⁷ Der offizielle Name des Gesetzes vom 24. 3. 1933 klingt viel annehmbarer: „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“.

durch pflichttreue Arbeit, nie verzagenden Mut und hingebende Vaterlandsiebe groß geworden ist und auf dieser Grundlage die deutschen Stämme geeint hat. Möge der alte Geist dieser Ruhmesstätte auch das heutige Geschlecht beseelen, möge er uns frei machen von Eigennutz und Parteigezänk und uns in nationaler Selbstbesinnung und seelischer Erneuerung zusammenführen zum Segen eines in sich geeinten freien, stolzen Deutschland!“²⁸

Hitlers Rede fällt sehr viel länger aus. Bei der Begründung des Ermächtigungsgesetzes, über das anschließend in der Kroll-Oper verhandelt wird (der gegenüberliegende Reichstag ist seit dem 17./18. Februar eine ausgebrannte Ruine), sagt Hitler u. a.: „Die Nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren. Ihre Rechte sollen nicht angetastet werden. Sie erwartet aber und hofft, dass die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erächtigung unseres Volkes, die sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erhält. Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluss einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat. [...] Ebenso legt die Regierung, die in dem Christentum die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und des moralischen Lebens unseres Volkes sieht, den größten Wert darauf, freundschaftliche Beziehungen zum heiligen Stuhl weiter zu pflegen und auszubauen.“²⁹

2.7. DER 1. MAI

Schließlich soll der 1. Mai genutzt werden, die Zustimmung der Bevölkerung für die neue Regierung zu gewinnen. Sonst ist er ein Kampftag der Arbeiter gegen ihre Arbeitgeber. Doch die neue Regierung hat ihn kurz zuvor zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Sie deutet ihn um als Tag der Versöhnung, an dem die „Arbeiter der Stirn und die Arbeiter der Faust“ gemeinsam Gottesdienste besuchen und sich an Umzügen beteiligen. Die Feiern in allen größeren Städten enden auf Plätzen, wo man gemeinsam über Lautsprecher die Rede Hitlers anhört, die dieser auf dem Tempelhofer Feld in Berlin hält. Am Schluss sagt er – und es klingt wieder so, als lade er Millionen von Zuhörer im ganzen Deutschen Reich ein zum Gebet: „...Wir bitten nicht den Allmächtigen: Herr mach uns frei. Wir wollen selbst arbeiten. Wir

²⁸ Die Woche (Gedenkausgabe zur Reichstagsöffnung „Der Tag von Potsdam“), S. 4.

²⁹ Günther Dinstühler, S. 16 und S. 18.

wollen uns brüderlich vertragen und zusammenringen, damit einmal die Stunde kommt, da wir vor ihn hintreten können und ihn bitten dürfen: Herr, Du siehst, wir haben uns geändert. Das deutsche Volk ist nicht mehr das Volk der Ehrlosigkeit, der Schande, der Selbsterfleischung, der Kleinmütigkeit und Kleingläubigkeit. Das deutsche Volk ist wieder stark geworden in seinem Geist, stark in seinem Willen, stark in seiner Beharrlichkeit, stark im Ertragen aller Opfer. Herr, wir lassen nicht von dir. Nun segne unsern Kampf um unsere Freiheit und damit unser deutsches Volk und Vaterland.“³⁰

Hitler hat alles drangesetzt, um das Bild, das sich die deutsche Bevölkerung in der zurückliegenden „Kampfzeit“ von ihm gemacht hat, durch neue Eindrücke zu ersetzen. Bei der bürgerlichen Mittelschicht, die ohnehin weitgehend „deutschnational“ dachte (dazu gehörte auch der größte Teil der evangelischen Pastorenschaft), war dies ein verhältnismäßig leichtes Unterfangen. Gegen Ende des ersten Vierteljahres scheint das Eis auch bei der katholischen Kirche zu brechen. Selbst die Zustimmung der Arbeiterschaft wächst, obwohl ein großer Teil ihrer Sprecher in den Parteien (SPD und KPD) und in den Gewerkschaften verfolgt wird (s. u.).

3. REAKTIONEN IM BEREICH DER KIRCHE

Bemerkenswert ist, wie die katholische Bischofskonferenz auf den Tag von Potsdam und auf die erste Regierungserklärung reagiert. In einer Kundgebung vom 28. März heißt es: „Die Oberhirten der Diözesen Deutschlands haben aus triftigen Gründen, die wiederholt dargelegt sind, in ihrer pflichtmäßigen Sorge für Reinerhaltung des katholischen Glaubens und für Schutz der unantastbaren Aufgaben und Rechte der katholischen Kirche in den letzten Jahren gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung eine ablehnende Haltung durch Verbote und Warnungen eingenommen. [...] Ohne die in seinen früheren Maßnahmen liegende Verurteilung bestimmter religiös-sittlicher Irrtümer aufzuheben, glaubt [...] der Episkopat das Vertrauen hegen zu können, dass die vorbezeichneten allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet zu werden brauchen.“³¹

Und wie verhält sich unsere Kirche in Schleswig-Holstein? Zunächst ist nach dem Machtwechsel in Berlin ein Schweigen zu bemerken. Warum dieses Innehalten? Weil man die erboste Reaktion des Gauleiter Lohse verarbeiten

³⁰ Günther Dinstühler, S. 25.

³¹ „Schöne Zukunft“ Wochenschrift, S. 669.

muss, wie Hasselmanns vermutet?³² Ist es eher die Unsicherheit, wie man zu bewerten hat, was aus dem Munde Hitlers zu hören ist? Spürt man die Versuchungen und überlegt, wie ihnen zu begegnen ist?

3.1. UMSCHWUNG IM MÄRZ

Nach fünf bis sechs Wochen Schweigen, spätestens nach den März-Wahlen, tut sich etwas im Landeskirchenamt. Auf Initiative und unter Anleitung der beiden Oberkirchenräte Kinder und Christiansen bereiten die beiden Bischöfe eine „Ansprache“ vor, die am 19. oder 26. März von allen Kanzeln zu verlesen ist – also vor und nach dem „Tag von Potsdam“ (21. März). Man hat den Eindruck, dass die Bischöfe mit dieser engagierten Äußerung eine Scharte auswetzen wollen, die durch die Kontroverse mit Gauleiter Lohse entstanden ist.

Einige Sätze daraus: „Aus deutscher Not ist in nationaler Besinnung eine deutsche Freiheitsbewegung erwachsen. Volkstum und Vaterland werden wieder als hohe, von Gott geschenkte Güter erkannt, die auch schwerster Opfer wert sind. Gottesfurcht und selbstlose Hingabe, Zucht und Ehrbarkeit, Treue und Reinheit in Ehe und Familie, Lauterkeit in Handel und Wandel sollen die festen Säulen unseres Volkslebens bilden. Die führenden Männer haben offen bekannt, dass nur auf christlicher Grundlage ein gesundes Staatswesen sich entwickeln kann. Das ist eine Wendung, für die wir Gott von Herzen danken. [...]“

Die Kirche ist weder parteipolitisch noch wirtschaftlich gebunden. Sie hat mit dem Evangelium dem Volksganzen zu dienen. Je treuer sie Licht und Kraft des Evangeliums hineinträgt in alle Kreise des Volkes, um so mehr tut sie auch den vaterländischen Dienst, der von ihr erwartet und gefordert werden kann. Die Kirche muss Kirche bleiben. Alle ihre Glieder haben in ihr Heimatrecht und allen ist sie zu Dienst verpflichtet. Sie muss die Stätte der Gemeinschaft bleiben. Sie stellt ihre Glieder vor das Angesicht des Gottes, vor dem kein Ansehen der Person gilt; so hilft sie, dass wir wieder werden „ein einig Volk von Brüdern“. [...] Wir wollen Gott bitten um gut Regiment, um fromme und getreue Oberherrn, um Frieden nach außen und Einigkeit im Innern. Heiligende Kraft geht von dem Evangelium aus. So wird auch der irdische Beruf Gottesdienst; so regiert in allem die Liebe, die den Hass überwindet; denn wir leben alle nur von Gottes Gnade. Gott segne unser deutsches Volk und Vaterland!“³³

³² 33. Rundbrief des Bruderkreises vom 7. März 1933 (Christian Dethleffsen, S. 61).

³³ KGVBl 1933/6 (17. 3. 1933).

Die allermeisten Geistlichen werden ähnlich gedacht haben. Der fast dreißigjährige Pastor Heinrich Meyer, tätig an der Anscharkirche in Neumünster, der bald ein frühes Mitglied der Bekennenden Kirche sein wird, schreibt an seine Gemeinde: „Was [...] unsere neue Regierung zum Christentum sagt und wie sie sich dazu stellt, das betrachten wir mit Interesse und Bedacht. Und mit Freude; denn die Worte, die in den Rundfunkreden der letzten Wochen von den Männern unserer Regierung über Christentum und Ewigkeitswerte gesprochen sind, lassen uns wieder hoffen, dass die Welle der Gottfeindlichkeit wieder zurückfluten wird.

Wir haben eine Bitte: Dass man nicht stolz werde; dass man nicht zu viel von eigener Kraft rede! Gewiss sollen wir unsere letzte Kraft stellen in den Dienst für Volk und Vaterland, aber immer in der Gewissheit: an Gottes Segen ist alles gelegen. Gewiss wollen wir unseren ganzen Willen einsetzen in das Werk der Erneuerung unseres Volkes, aber immer mit dem Gebet: Dein Wille, Vater, geschehe im Himmel, also auch auf Erden.“³⁴

Selbst von Hans Asmussen, dem von Lohse besonders heftig angegriffenen Wortführer der Altonaer Gruppe, liegt eine öffentlich abgegebene, positive Stellungnahme zur nationalsozialistischen „Machtergreifung“ vor.³⁵

3.2. PARTEIEINTRITTE

Zwischen beiden Sonntagen, an dem die „Ansprache“ der Bischöfe in den Gottesdiensten zu verlesen ist, liegt der „Tag von Potsdam“. Die Art und Weise, wie der 1. Mai begangen wird, gibt nicht wenigen Geistlichen den letzten Anstoß zum Eintritt in die NSDAP. Die alten Parteigenossen sprechen bald verächtlich von den „Märzgefallenen“. Ihr Motiv ist kein billiger Opportunismus. Innerhalb der NSDAP wollen sie die Grundausrichtung unterstützen, die Hitler als Grundlage seines politischen Handelns benennt. Sie wollen – nach einer „von Gott geschenkten Wende“, mit der vor vier Monaten noch niemand gerechnet hatte – mitwirken bei der Festigung der Fundamente des neuen Staates. Ihre Überzeugung ist: Wer als Bedenken-träger abseits stehen bleibt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

Der sechsfünfzigjährige Hermann Grimm, seit 1926 tätig an der Vice-linkirche in der Arbeiterstadt Neumünster, begründet in einem Beitrag im örtlichen Gemeindeblatt seinen Parteieintritt mit folgenden Worten: „Adolf Hitler hat mir jetzt das Herz ganz abgenommen. [...] Hitler gehört ja zu denen, die schon 1919 in neuem Glauben den Kampf um Ehre und Ehren-

³⁴ Gemeindeblatt „Um unseres Volkes Seele“ Neumünster 19. 3. 1933.

³⁵ Hans Asmussen, Der Christ im heutigen Staat, Tägliche Rundschau 24. 3. 1933, zitiert nach Konukiewitz, S. 64.

haftigkeit in unserm Volk aufnehmen. Er hat auch den Hauptgrund der Zerrissenheit in unserm Volk erkannt und darum neben das „National“ das „Sozial“ gesetzt und die Bezeichnung „Arbeiter“ zum Ehrentitel für jeden deutschen Menschen gemacht, ob er nun Arbeitgeber oder Arbeitnehmer ist. Ja, Gott schenke es ihm wirklich, dass er „am Ende seiner Tage sagen könne: Ich habe dem Deutschen Reiche den deutschen Arbeiter erkämpft“. Jetzt hat er nun auch durch die Tat seine Zusicherung der kirchlichen Freiheit wahr gemacht... [...] **Aus Dankbarkeit melde ich auch meinen Eintritt in die NSDAP an!** Ich will nach meiner Kraft unserem Kanzler helfen beim Aufbau unseres Volkes zu einem **einigen und frommen Volk!**³⁶

Roager schreibt im Herbst 1933, als er sich von der Gemeinde verabschiedet: „Es wird jeder verstehen, dass ich die nationalsozialistische Befreiung mit großer Freude miterlebt habe, vor allem weil ich jetzt die Möglichkeit sehe, dass der Arbeiter sich als gleichwertiges und gern gesehenes Glied unseres Volkes betrachten darf. [...] Das Herz des Arbeiters braucht nicht nur zu schlagen in banger Sorge um seine wirtschaftliche Existenz, sondern darf auch schlagen in neu entstehender Freude über seine volle Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft.“³⁷

Auch die Kirchenleitung in Kiel gibt den Weg zum Parteieintritt frei. Sie hebt am 4. Mai 1933 die Richtlinien für die politische Betätigung der Pastoren, die vor knapp 1½ Jahren am 2. November 1931 erlassen worden sind, wieder auf. Grund für die Richtlinien damals sei die Zersplitterung des Volkes gewesen. Nun aber sei den „chaotischen Zuständen ein Ende gemacht“ worden. Es werde „eine Sammlung des gesamten deutschen Volkes zum Wiederaufbau nach innen und außen [...] unter Hitler erstrebt.“ Damit seien die Voraussetzungen hinfällig geworden.³⁸

Am 2. Mai haben beide Bischöfe die Pröpste zusammengerufen. Alle stehen noch unter dem Eindruck des „Versöhnungstages“. Man beschließt, zwei Pastorenversammlungen einzuberufen, die eine nach Neumünster, die andere nach Schleswig. Die beiden Bischöfe werden anwesend sein. Hauptfrage bei diesen Treffen soll sein, ob man den Deutschen Christen beitreten solle.³⁹ Die Parteimitgliedschaft ist offenbar kein Problem mehr. Müssen sich die jetzt rechtfertigen, die weder bei den DC noch bei der NSDAP eintreten?

³⁶ Gemeindeblatt „Um unseres Volkes Seele“ Neumünster 21. 5. 1933 (Hervorhebungen im Original).

³⁷ Ev. Gemeindeblatt Rendsburg, 1933/Nr. 5 (Novemberausgabe).

³⁸ KGVBL 1933/10 (4. 5. 1933), S. 77f.

³⁹ Johann Bielfeldt, S. 30.

Hat man auch bemerkt, dass am Tag des Treffens der Bischöfe mit allen Präpsten sämtliche Gewerkschaftshäuser im Reich durch die SA besetzt und beschlagnahmt worden sind?

4. DIE OPFER

In seinen 1939 niedergeschriebenen Erinnerungen schreibt Sebastian Haffner, dass für ihn 1933 ein „Duell“ mit dem NS-Regime begonnen habe. So richtig sei ihm dies erst nach den März-Ereignissen bewusst geworden. Was er bei den Deutschen beobachtet habe, habe alle Merkmale eines kollektiven Nervenzusammenbruchs⁴⁰ gehabt. Nervenzusammenbruch nicht, weil irgendwelche Katastrophen drohten, sondern weil man emotional überwältigt wurde von dem, was in Berlin zu hören und zu sehen war.

Wie kam es, dass man den Blick für etliche Mitbürger völlig verlor, die in Angst und Schrecken versetzt wurden: zunächst Kommunisten und Sozialdemokraten; kurz darauf Juden und kritische Intellektuelle? Ehe es die meisten Deutschen begriffen haben, hat die neue Reichsregierung eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, mit denen sie gegen ihre früheren innenpolitischen Gegner vorgeht.

Abgesehen davon, dass die Bevölkerung es seit Jahren gewohnt war, dass es im innenpolitischen Kampf in der Weimarer Zeit viele Opfer gab, Hitler machte es den Deutschen leicht, nach seiner Regierungsübernahme auch das hinzunehmen, was bedenklich erschien. Er gab sich große Muhe, den Schein des Rechts zu wahren. Gehilfen waren nicht nur Parteileute, die in Schlüsselpositionen saßen,⁴¹ sondern auch der greise Reichspräsident Paul von Hindenburg, der schon seit einigen Jahren daran interessiert war, das „Weimarer System“ zu überwinden. Große Teile der deutschen Bevölkerung dachten ähnlich. So wurde möglich, was in der Rückschau kaum zu begreifen ist, dass so viele trotz anfänglicher Skepsis es zuließen, dass ihr „Herz“ von den neuen Machthabern erobert werden konnte. Bedenken, die unterschiedlich stark durchaus vorhanden gewesen sein mögen, verloren angesichts neuer Perspektiven, die sich scheinbar aufboten, an Gewicht.

Der Parteiterror früherer Jahre wird jetzt staatlich sanktioniert. Der vor 1933 befürchtete Bürgerkrieg findet jetzt tatsächlich statt. Jedoch verfügt jetzt die eine Seite über die Machtmittel des Staates. SA und SS, diese „Parteisolda-

⁴⁰ Sebastian Haffner, S. 9f.

⁴¹ Wilhelm Frick als Reichsinnenminister und Hermann Göring als „Reichskommissariat für das preußische Innenministerium“ hatten die Weisungsbefugnis über den größten Teil der Polizeikräfte in Deutschland.

ten“ aus Weimarer Zeiten, werden am 22.2.33 in Preußen als Hilfspolizei eingesetzt.⁴² Bald entstehen die „wilden KZ“ (eines in Kühlen bei Rickling). Man hatte sich während der letzten Jahre der Weimarer Zeit so an die Übergriffe der SA gewöhnt, ja sie innerlich vielleicht sogar bejaht, wenn sie sich gegen die „Roten“ richteten. Viele gestanden den neuen Machthabern jetzt zu, etwas „härter“ vorzugehen.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes vom 4. Februar eröffnet die Möglichkeiten zu staatlichen Willkürakten. Wer „Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich machte“, kann mit Gefängnis oder Geldstrafe bestraft werden. Die Verordnung, die unmittelbar nach dem Reichstagsbrand (27./28. Februar) erlassen wird, setzt alle Grundrechte außer Kraft. Just in den Tagen, in denen in Potsdam die Jubelfeiern stattfinden (21. März), werden die ersten KZ in Dachau und Oranienburg errichtet. Offensichtlich nicht auf Befehl „von oben“,⁴³ sondern aufgrund von Einzelinitiativen örtlicher SA- und SS-Verbände.

Der Boykott der jüdischen Geschäfte, der Praxen jüdischer Anwälte und Ärzte, die Besetzung der Gewerkschaftshäuser am Tag nach den Feiern zum 1. Mai, die Bücherverbrennung unter den Linden der Universität gegenüber am 10. Mai – das alles scheint legal möglich zu sein.

Und doch ist zu fragen, warum die rund 400 Geistlichen unserer Kirche dies alles hinnehmen. Im Studium hatten sie doch gelernt, auf das zu achten, was vor Gott recht ist. Unter den schwierigen Rahmenbedingungen der Weimarer Republik hatten sie ihren Gemeinden gedient, daran mitgewirkt, nach der Abhängigkeit vom Staat für die kirchliche Arbeit eine größere Unabhängigkeit zu erreichen. Warum wiederholen Wester und Beuck, Asmusen und Hasselmann nicht schon im ersten Vierteljahr ihre Anfragen aus den Jahren 1930/1931? Warum schieben Roager und andere ihre Zweifel beiseite, die sie noch Anfang März hatten? Warum führt die biblische Botschaft nicht dazu, dass in den Köpfen und Herzen der Kirchenleute in Schleswig-Holstein alle Alarmglocken läuten? Warum muss es noch viele Monate dauern, bis sich innerkirchlicher Widerstand formiert?⁴⁴

⁴² Bericht in der Landeszeitung Rendsburg am 24. 2. 1933; siehe auch: Thilo Vogelsang, S. 16.

⁴³ Eine entsprechende Verordnung gibt es nicht.

⁴⁴ Dietrich Bonhoeffer war einer der ganz wenigen Kirchenleute, die schon im März durchschauten, was von den neuen Machthabern zu erwarten sei; Einzelheiten in: Eberhard Bethge, S. 305ff.

5. VERSTEHEN, NICHT ENTSCULDIGEN

Ich beginne mit einem Zitat aus dem Roman *Cécile* von Theodor Fontane. Im 13. Kapitel lässt er einen Privatgelehrten sagen: „Wer Historie schreiben oder auch nur verstehen will, hat sich in erster Linie zweier Dinge zu befleißigen: Er muss Personen und Taten aus ihrer Zeit heraus begreifen.“⁴⁵ Ich will versuchen, „aus der Zeit heraus“ zu verstehen, warum Hitler in kurzer Zeit auch die Herzen und Hirne von Geistlichen erobern konnte. Dabei denke ich nicht an die, die ihr Herz schon sehr früh an die Partei verkauft hatten, z. B. Horst Szymanowski oder Johann Peperkorn. Mich interessiert die große Mehrheit der Gemeindepastoren, die „mitgemacht“ haben. Eine „Eroberung“ durch Hitler hat auch bei denen stattgefunden, die möglicherweise vorhandene Kritik nicht äußerten.

Ich möchte hier Einsichten vortragen, die mir besonders während meiner Beschäftigung mit Richard Steffen aufgegangen sind, meinem Vorvorgänger im Propstenamt in Neumünster. Er ist am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten, hat in diesen Tagen ebenfalls die Mitgliedschaft bei den DC erworben, hat ab Frühjahr 1934 sogar für ein gutes Jahr dem SS-Motorsturm angehört. Was hat ihn zu diesen Schritten bewegt?⁴⁶

Ich habe gelernt, mich von Schwarz-Weiß-Bildern zu verabschieden. Trotz aller Irrtümer und Fehleinschätzungen war nach meiner Wahrnehmung seine Motivation frei von billiger Anpassung an den Zeitgeist. Sie war ohne Zweifel eindeutig im Auftrag der Kirche verankert. Aus dieser Haltung heraus hat er Konflikte mit örtlichen Parteistellen ausgetragen, die schließlich zu seinem Parteiausschluss geführt haben.

5.1. DREI ÜBLICHE ERKLÄRUNGEN

Ich will zunächst drei oft genannte Erklärungen für das Verhalten derer vortragen, die im Frühjahr 1933 der Hitlerbewegung gefolgt sind. Zunächst ist die Furcht vor dem, was von „Links“ die bürgerliche Welt bedrohte. Diese Furcht, die schon die Frankfurter Nationalversammlung beherrschte, hat eine lange Geschichte. Die „Gottlosigkeit“ der Sozialdemokratie der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts wurde mit den Sozialistengesetzen bekämpft. Den SPD-Regierungen der Weimarer Zeit mochten Teile der Bevölkerung trauen. Aber gab es nicht dort den linken Flügel, der anfällig war für Gedankengut, das nach der Oktoberrevolution in Russland nach Deutschland

⁴⁵ Theodor Fontane, *Cécile*, S. 74.

⁴⁶ Johannes Jürgensen, Propst Richard Steffen – Sein Verhalten während der NS-Zeit (1933–1938) – Seine Rolle bei der Entlassung Bibersteins (1955–1958). (Die Arbeit – abgeschlossen am 26. 4. 2004 – liegt als Manuskript vor beim Kirchenkreis Neumünster.).

herüberschwappte? Die KPD war bei den Wahlen im November 1932 nach der SPD (121 Mandate – 20,8 %) und der NSDAP (196 – 33,6 %) die drittgrößte Fraktion (100 – 17,2 %) im Reichstag geworden. Zusammen hatte beide linken Parteien die absolute Mehrheit der Mandate (296 von 583 Sitzen, 50,8 %). Hitler machte sich diese Furcht zu nutze, verstärkte sie, indem er die Sozialdemokraten zu Helfershelfern der „Bolschewisten“ machte.

Eine zweite Erklärung ist das Obrigkeitsdenken, also ein Verständnis von Römer 13, das zum Gehorsam gegenüber der Obrigkeit auffordert und eine kritische Auseinandersetzung behindert. – Merkwürdig ist, dass diese Haltung nur gegenüber rechtsgerichteten Regierungen zu gelten schien, nicht z. B. gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten in den Jahren 1918 und 1919. Schließlich wird drittens oft die große wirtschaftliche Not als Grund genannt. Die Einrichtungen der Weimarer Demokratie, erst schwach entwickelt und durch innenpolitische Auseinandersetzungen gelähmt, seien unfähig gewesen, dieser Not zu begegnen. Schon die Entwicklung zur „Präsidialdemokratie“ (ab 1930) hat die demokratischen Institutionen unterhöhlt und die Bereitschaft gefördert, einem „starken Mann“ das Schicksal Deutschlands anzuvertrauen. Der Weg zur Verabschiedung eines „Ermächtigungsgesetzes“ ist dann nicht mehr weit.

Ich möchte vier weitere Überlegungen hinzufügen.

5.2. DIE MACHT DER EMOTIONEN

Die Gehirnforschung sagt uns, dass wir ungleich stärker von emotionalen Eindrücken, weitaus weniger von kognitiven Einsichten gesteuert werden, als wir in der Regel glauben.⁴⁷ Hitler hat durch seine Inszenierungen die emotionale Zustimmung der Deutschen bewusst herbeigeführt. Nicht nur im Frühjahr 1933, noch stärker bei den „Wahlen“ oder „Volksabstimmungen“ ab Herbst 1933 wird dies durch hohe Prozentzahlen belegt. Etwa jährlich fordert er das deutsche Volk dazu auf, für ihn und seine Politik zu votieren.⁴⁸ Hitler lag daran, sich nicht allein auf seine Machtmittel verlassen zu müssen, über die er als Regierungschef verfügte.

⁴⁷ Umfangreiches Material dazu in: Daniel Goleman, Emotionale Intelligenz, München 2004 (16. Aufl.).

⁴⁸ 12.11.1933 Reichstagswahl und Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund); 19.8.1934 Volksabstimmung über die Zusammenführung der Ämter des Reichspräsidenten und Reichskanzlers; 13. 1. 1935 Volksabstimmung über die Rückkehr des Saarlandes; 29. 3. 1936 Reichstagswahl und Abstimmung über die „Befreiung des Rheinlandes“: 1937 (im Februar werden Kirchenwahlen angekündigt; als Hitler spürt, dass sie nicht in seinem Sinne ausgehen könnten, werden diese Wahlen im November d. J. ohne Angaben von Gründen wieder abgesetzt.); 10. 4. 1938 Reichstagswahl und Abstimmung über den Anschluss Österreichs.

Nach 1945 „erinnern“ sich dagegen viele Deutsche, sie seien skeptisch gewesen, hätte Vorbehalte gehabt, ja „inneren Widerstand“ geleistet. Dieser Widerspruch wird erklärlich, wenn man sich eine „Zustimmungsleiter“ vorstellt. Die jeweiligen Ja-Stimmen bei den „Wahlen“ oder Volksabstimmungen könnte man hilfswise in fünf Gruppen aufteilen: 1. Die hundertprozentig Überzeugten; 2. Leute im zweiten Glied, die nicht Meinungsführer sind, aber Einsatz zeigen; 3. Mitläufer, die mitmachen, weil alle es tun; 4. Leute, die nicht „nein“ sagen, weil ihnen für eine Nichtzustimmung die Gründe fehlen; 5. Personen, die aus Angst mitmachen; sie fürchten, dass sie sonst Nachteile hätten. Im Ergebnis werden alle fünf Positionen als „Zustimmung“ gewertet.

Die Begründung für eigenes Denken und Verhalten mag zwischen begeisterter Zustimmung und Zweifel schwanken, im Ergebnis haben alle „Einverständnis“ signalisiert. Hinzu kommt, dass Menschen selten von einem oder nur wenigen Motiven bewegt werden. Fast immer spielt ein Motivbündel eine Rolle. Schulz von Thun hat anschaulich beschrieben, wie wir manchmal unsere wahren Motive „im Keller“ verstecken, andere dagegen gerne an der Vorderrampe der Lebensbühne als Darsteller unserer Absichten agieren lassen.⁴⁹ Schließlich kommt hinzu, dass viele schriftliche Zeugnisse oft nur zufällig entstanden sind. Vorsicht ist geboten, wenn man von ihnen auf die Überzeugung oder das Verhalten einzelner Personen zurückschließen will.

5.3. DIE SEHNSUCHT NACH VOLKSKIRCHE

Am 4.12. 1918 – also gut 3 Wochen nach der revolutionären Ereignissen in Kiel und Berlin – richtet das Konsistorium in Kiel eine „Ansprache“ an alle Gemeinden und Geistlichen, im Vorlauf zu einer Gesamtsynode, die knapp zwei Wochen später in RD zusammentreten soll: „Groß ist die Gefahr, dass die Trennung von Staat und Kirche zugleich zu einer Trennung von Kirche und Volk wird ... Nicht nur die bisherige Landeskirche, sondern auch die Volkskirche ist in Gefahr.“⁵⁰

Hier wird ein Begriff gebraucht, der der kirchlichen Arbeit in den kommenden Jahren neue Anstöße gibt. Die Weimarer Verfassung garantierte der Kirche den Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ – eine neue Erfindung. Zur Finanzierung ihrer Arbeit bekam sie auch das Recht, Kirchensteuern einziehen – ursprünglich seit 1898 als staatliche Steuer eingeführt, um staatlichen Selbstverpflichtungen zum Unterhalt der Geistlichkeit nachkommen zu können.

⁴⁹ Friedemann Schulz von Thun, S. 67ff.

⁵⁰ Klaus Blaschke, S. 15.

Nach den – für unsere Maßstäbe – chaotischen Weimarer Jahren hatte Dibelius 1926/1927 das „Jahrhundert der Kirche“ ausgerufen: eine nicht mehr vom Staat abhängige, sondern eine im Volk verankerte, als selbständige Institution handelnde Kirche sollte zu sich selbst finden. Die Innere Mission, wie Wichern sie verstand, sollte ursprünglich dem gleichen Ziel dienen. Ihre Ablehnung durch die verfasste Kirche hatte dazu geführt, dass ihre Vereine und Einrichtungen rechtlich mehr oder weniger eigenständig neben der Kirche tätig waren. „Volksmission“ – das Wort bekam jetzt einen neuen Klang. Breklum, Rickling und Kropp arbeiteten zunehmend mit Gemeindepastoren zusammen. In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung des Bruderkreises zu sehen, von dem oben schon die Rede war.

Im Dezember 1928 wird in Berlin eine neue Partei gegründet, der Christlich-Soziale Volksdienst. Sie spaltet sich von der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) ab, als diese unter Hugenberg nach Rechts driftet. Man will das Erbe des Christlich-Sozialen Kongresses neu aufleben lassen. Viele Mitglieder des oben erwähnten „Bruderkreises junger Theologen“ wirken in dieser neu gegründeten Partei mit. Einer von ihnen wird Landesvorsitzender, Kurt-Dietrich Schmidt, damals Professor für Kirchengeschichte an der Universität Kiel.

Viele der ca. vierhundert Theologen der Landeskirche warten auf Rahmenbedingungen, die eine breit angelegte volkskirchliche Arbeit möglich machen. Jetzt 1933 kann offenbar wahr werden, worauf man seit 15 Jahren gewartet hat. Eine einmalige Chance tut sich auf, so scheint es. Eine Reichsregierung bietet sich als Partner an, ja sie fragt geradezu nach der Kirche und ihrem Beitrag.

5.4. DIE SPUREN GOTTES IN DER GESCHICHTE?

Man hatte noch nicht aufgenommen und verarbeitet, was Karl Barth nach dem 1. Weltkrieg der Christenheit ins Stammbuch schreiben wollte: Man kann Gott nicht so vereinnahmen, dass er in das eigene Weltbild passt. Der Kulturprotestantismus, der Gott in der Geschichte entdecken möchte, hatte als Theologie sein Thema verloren.

Als SA-Horden am 24. Juni 1933 das Kirchenbundesamt besetzen, als – dadurch veranlasst – der designierte Reichsbischof Friedrich von Bodelschwingh sich zum Rücktritt gezwungen sieht, fordert Karl Barth seine Studenten in Bonn nicht zu einem Demonstrationzug auf. Sie sollen vielmehr jetzt „Theologie und nur Theologie [treiben] – als wäre nichts geschehen“.⁵¹ Mit anderen Worten: Es mangelt nach Barths Ansicht an theologischer Ar-

⁵¹ Eberhard Busch, Karl Barths Lebenslauf, 3. Auflage, München 1978, S. 239.

beit, die sich mit dem Kulturprotestantismus und seinen Folgen auseinandersetzt, der Gottes Wirken in der Geschichte entdecken will.

Eine der fatalen Folgen: Man ist zu sehr mit der Kirche und ihrer Rolle in der Gesellschaft beschäftigt und verliert darüber den Blick sowohl für die unverfälschte, die „ganz andere“ Stimme Gottes wie auch für die Menschen, die der Kirche nicht angehörten. Die Kommunisten sind in der Regel nicht Mitglieder der Kirche. Und viele Sozialdemokraten waren Mitglieder in den Kirchenaustrittsvereinen der zwanziger Jahre. Der erste nennenswerte Protest gegen Ausgrenzung der Juden setzt in der zweiten Jahreshälfte 1933 erst ein, als viele merken, dass auch getaufte Juden, also Kirchenmitglieder, betroffen sind.⁵²

Die Barmer Theologische Erklärung vom Mai 1934 zum Selbstverständnis der Kirche formuliert gegen jede Vermischung mit nationalsozialistischem Gedankengut: „Jesus Christus [...] ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.“ Es sei „Gottes Zuspruch“ und „Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben“. Doch zu den Opfern der NS-Politik schweigt auch sie.

5.5. ÜBERSCHÄTZUNG DER EIGENEN GEISTLICHEN KRÄFTE

Viele Geistliche haben ihre geistlichen Kräfte überschätzt. Sie glaubten, eine Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche werde beiden nützen, und merkten zu spät, dass die Kirche nur dazu ausersehen war, den politischen Zielen Hitlers dienlich zu sein. Man glaubte, innerhalb der NSDAP und der von ihr beherrschten Staatsorgane so arbeiten zu können, dass man nicht vereinnahmt werde.⁵³

Man will einen eigenen Beitrag zur Erneuerung der Volkskirche unter den – so scheint es – neuen günstigen Voraussetzungen liefern. Darum ist man überrascht, als die Vorbereitungen zu den volksmissionarischen Wochen im Herbst 1933 anlässlich des 350. Geburtstags von Martin Luther (10. November)⁵⁴ Mitte Oktober gestoppt werden, weil Hitler den Austritt aus dem Völkerbund erklärt und am 12. November über diesen Schritt abstimmen lassen will. Alle Enttäuschungen über diese Einschränkung werden bald über-

⁵² Dietrich Bonhoeffer wirbt schon Anfang April 1933 um ein kirchliches Votum zu dieser Frage (Eberhard Bethge, S. 321ff).

⁵³ Ein besonders anschauliches Beispiel bietet die Evangelische Jugendarbeit. Bis in den späten Herbst des Jahres 1933 hinein glaubten die führenden Personen, ihre konfessionell ausgerichtete Arbeit sei als gleichberechtigter Partner willkommen. Mitte Dezember wurde dann die Eingliederung in die Hitlerjugend verfügt. (Einzelheiten dazu in: Johannes Jürgensen, Die bittere Lektion.).

⁵⁴ Klaus Scholder, S. 663ff.

lagert von den Auseinandersetzungen über die berüchtigte Sportpalastkundgebung der Deutschen Christen am 13. November 1933.

Hatte man die Skrupellosigkeit vergessen, mit der Hitler und seine Gefolgsleute sich über alles hinweggesetzt hatten, was ihrer Bewegung im Wege stand? Hatte man genügend Sorgfalt darauf verwandt, um genauer herauszufinden, was der im Frühjahr 1933 scheinbar gewandelte Hitler mit seinen frommen Schlagworten meinte? Durfte man wirklich annehmen, dass die Kircheneintritte vieler SA-Leute und die ab Spätherbst 1933 nachgeholt kirchlichen Trauungen einer gewandelten Einstellung zur Kirche entsprachen? Durfte man annehmen, dass die Kirche als Partnerin bei der Erneuerung des Volkes wirklich erwünscht war?

Roager hat seine Erfahrungen bei der Beerdigung des SA-Mannes im Januar 1932 vermutlich nicht so schnell vergessen. Laut Zeitungsbericht hatte er bei der Beerdigung des SA-Mannes folgendes gesagt: „Seine Opferwilligkeit trieb ihn zu der Sache, die er für gut befunden und die sein Herz gewonnen. Wenn das hier vergossene Blut gen Himmel schreit, so kommt uns von dort die Antwort: Mein ist die Rache.“⁵⁵

Er erntete damals wütenden Protest. Trotz dieser Erfahrung wagt er ein Jahr später der „Bewegung“ zu trauen. Viele vertrauten darauf, dass Hitler über kurz oder lang die Grundsätze auch in der Partei und ihrer Organisationen durchsetzen würde, die er in seinen öffentlichen Ansprachen im Frühjahr 1933 bekundet hatte. „Wenn das der Führer wüsste“ wurde zum häufig zitierten Satz, mit dem man das hinzunehmen versuchte, was diesen Grundsätzen widersprach. Viele Geistliche „glaubten“ in diesem Sinne an den Führer und waren dabei der Überzeugung, diese Haltung stände nicht im Widerspruch zu Bibel und Bekenntnis.

Einer der wenigen, die frühzeitig klar die Versuchungen erkannten und sie auch öffentlich benannten sehen, war der Gemeindepastor Otto Roos an der Anscharkirche in Neumünster. Am 2. April 1933 (am Sonntag nach dem Judenboykott) hatte er hier seinen Dienst begonnen. Er kam aus Lunden, wo er eingehend die Schriften seines früheren Vorgängers Klaus Harms studiert hatte. Roos schreibt im Gemeindeblatt vom 14. Mai 1933: „Es kann kein Zweifel sein: was wir jetzt erleben, ist ein Gottesgericht über die Kirche. Anders kann das, was jetzt in und mit der Kirche geschieht, religiös nicht gedeutet werden. [...] Die Kirche ist nicht streng genug gewesen. Jedenfalls ist es für uns offenbarungsgläubigen und bekenntnistreuen Pastoren erschütternd zu sehen, mit welcher Gläubigkeit und Selbstverständlichkeit allerlei Parteidogmen, deren Begründung oftmals sehr zweifelhaft ist, ge-

⁵⁵ Schunck, Karl-Werner, und Greve, Helmut, S. 99.

schluckt werden von denselben Leuten, die unsere viel besser in der Heil. Schrift begründeten christlichen Glaubensausagen oder Dogmen ablehnen. Es wird immer wieder gesagt: ‚Die Kirche muss volkstümlicher werden!‘ Das wollen wir selbstverständlich sehr, sehr gern! Aber mit dieser sog. Volkstümlichkeit ist das so eine eigene Sache. Nach meinen Erfahrungen geht es dabei meistens auf Kosten der Wahrheit, in dem sie nämlich zu kurz kommt.“⁵⁶

Eine Schlussbemerkung: Nach meiner Kenntnis gibt es bisher keine Untersuchung, die die Einstellung und das Verhalten aller Pastoren einer Propstei oder einer größeren Stadt während eines bestimmten Zeitabschnittes der NS-Jahre beschreibt. Eine Darstellung ihres Mit-, Neben- oder Gegeneinander in der täglichen Arbeit und angesichts aktueller Ereignisse könnte eine vertiefte Einsicht darüber vermitteln, wie die Geistlichkeit auf die vielfältigen Herausforderungen und Versuchungen während der NS-Zeit reagiert hat.

⁵⁶ Gemeindeblatt „Um unseres Volkes Seele“ Neumünster 14. 5. 1933.

Literaturverzeichnis:

- Asmussen, Hans: Das praktische Amt und der Nationalsozialismus, in: Niederdeutsche ev.-luth. Konferenz (Hrsg.): Niederdeutsche Kirchenzeitung, Evangelisch-lutherisches Halbmonatsblatt für Kirche und Volkstum in Niederdeutschland (Schriftleiter Karl Hasselmann, erschienen von 1931 bis 1933), Druck und Verlag der Eberhardtschen Hof- und Ratsbuchdruckerei Wismar.*
- Bethge, Eberhard: Dietrich Bonhoeffer, 1967, Chr. Kaiser Verlag München.*
- Blaschke, Klaus: Die Zeit des Übergangs 1918–1922 etc, in: Verein für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte (Hrsg.): Kirche zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung (Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte Bd. 6/1), 1998, Wachholtz Verlag Neumünster.*
- Bielfeldt, Johann: Der Kirchenkampf in Schleswig-Holstein, 1964, Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen.*
- Busch, Eberhard: Karl Barths Lebenslauf, 1978 (3. Auflage), Chr. Kaiser Verlag München.*
- Dethleffsen, Christian: Pastorale Existenz in der Endphase der Weimarer Republik: Der „Bruderkreis junger Theologen“ in Schleswig-Holstein 1929–1933, in: Klauspeter Reumann [Hrsg.], Kirche und Nationalsozialismus, Beiträge zur Geschichte des Kirchenkampfes in Schleswig-Holstein, 1988, Wachholtz Verlag Neumünster).*
- Dibelius, Otto: Das Jahrhundert der Kirche, 1927, Furche Verlag Berlin.*
- Die Woche, Gedenkausgabe vom 12. April 1933, Der Tag von Potsdam, Reichstagsöffnung am 21. März 1933, Verlag August Scherl GmbH. / Berlin SW.*
- Dinstübler, Günther (Hrsg.), An die Deutsche Nation, Reden führender Deutscher zum Aufbruch unseres Volkes, Dürr's Vaterländische Bücherei Heft 37/38, o.J. (vermutlich Juni 1933), Leipzig.*
- Evangelisches Gemeindeblatt Rendsburg 1933, Hrsg. Kirchenvorstände der Christkirchen- und St. Marien-Gemeinde Rendsburg (Schriftleiter: Pastor Johann Bielfeldt); gedruckt bei D. J. Carstens, Rendsburg.*
- Fontane, Theodor: Cécile, 1961, Fischer Verlag Frankfurt/M.*
- Goleman, Daniel: Emotionale Intelligenz, München 2004 (16. Aufl.).*
- Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen, 2002, München.*
- Heiber, Helmut: Die Republik von Weimar, 1966, dtv München.*
- Herberger, Fritz u.a. (Hg.): Das Altonaer Bekenntnis, Nordelbischer Konvent Heft 21/1983, Ev. Presseverband Nord e.V. Kiel.*
- Herzfeld, Hans: Die Weimarer Republik, 1980 (6. Aufl.), Ullstein Verlag Frankfurt/M – München – Wien.*

- Jürgensen, Johannes: *Die bittere Lektion – Evangelische Jugend 1933*, aej-Studienband 7, 1984, Stuttgart.
- Kirchliches Gesetz- und Ordnungsblatt für den Amtsbezirk des ev.-luth. Landeskirchenamts in Kiel (KGVBl).
- Konukiewitz, Enno: *Hans Asmussen – Ein lutherischer Theologe im Kirchenkampf*, 1984, Gütersloh.
- Mommsen, Hans: *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar 1918–1933*, 2001, München.
- Reumann, Klauspeter: *Der Kirchenkampf in Schleswig-Holstein 1933 bis 1945*, in: *Verein für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte (Hrsg.): Kirche zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung (Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte Bd. 6/1)*, 1998, Wachholtz Verlag Neumünster
- Rosenberg, Alfred: *Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP*, 1930, Deutscher Verlag München.
- Schöne Zukunft, *Wochenschrift für Kultur und Politik, Volkswirtschaft und Soziale Frage (Hrsg.: Josef Messner)*, Nr. 28 /VIII. Jahrgang, 9. April 1933, Wien – Innsbruck – München – Regensburg.
- Scholder, Klaus: *Die Kirchen und das Dritte Reich, Band 1*, 1977, Verlag Ullstein Frankfurt/M – Berlin – Wien.
- Schulz von Thun, Friedemann: *Miteinander Reden 3 – Das „innere Team“ und situationsgerechte Kommunikation*, 1998, Rowohlt Verlag Reinbek.
- Schunck, Karl-Werner, und Greve, Helmut: *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*; in: *Hamer, Kurt u. a. (Hrsg.), Vergessen und Verdrängt – Eine andere Heimatgeschichte – Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus in den Kreisen Rendsburg und Eckernförde*, 1984, Eckernförde.
- Vogelsang, Thilo: *Die nationalsozialistische Zeit*, 1967, Frankfurt/M – Berlin.
- Um unseres Volkes Seele, Ev. Gemeindeblatt für Neumünster (Das Gemeindeblatt erscheint ab 1926 in Schleswig-Holstein in örtlichen Ausgaben der Kirchengemeinden mit unterschiedlichen Titeln [in Neumünster: Um unseres Volkes Seele]. Herausgeber jeder Ausgabe ist ein Gemeindepastor, der für die Titelseite und die letzte Seite verantwortlich ist. Die Innenseiten aller Ausgaben sind gleich. Sie werden verantwortet von dem Schriftleiter Wilhelm Schädler; Druck- und Verlagshaus Heinrich Möller Rendsburg).*